

LIBERAL .NRW

01
23



UNSER NEUES TEAM FÜR NRW

DAS FDP-MAGAZIN VON PARTEI UND FRAKTION IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Liberaler Start

Politische Jahresauftakte
3K und Hallo 2023

Wirtschaftspolitik

Henning Höne fordert einen
Neustart

Smart City

Kommunen digital stärken
und enger vernetzen

Liebe Leserinnen und Leser,

im Januar haben wir Freie Demokraten in Nordrhein-Westfalen einen neuen Landesvorstand gewählt. Alle neu gewählten Mitglieder des Landesvorstandes können Sie auf den nachfolgenden Seiten kennenlernen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Team und bin sicher, dass wir die Freien Demokraten in NRW gemeinsam voranbringen werden. Auf meine neue Aufgabe als Landesvorsitzender blicke ich mit großem Respekt, aber auch mit Freude auf die Herausforderung und mit Lust auf Gestaltung.

Vor uns liegt nun viel Arbeit, uns alle eint aber ein Ziel: Wir als Freie Demokraten in Nordrhein-Westfalen wollen in herausfordernden Zeiten zu neuer Stärke finden. Dies ist eine Aufgabe für den ganzen Landesverband. Lassen Sie uns gemeinsam die Freien Demokraten wieder zur spannendsten politischen Kraft in Nordrhein-Westfalen entwickeln. Einige erste Ansätze unseres Arbeitsprogramms für die kommende Amtszeit stellen wir Ihnen in diesem Heft vor.

Und natürlich geht auch die Arbeit im Landtag von Nordrhein-Westfalen weiter. Unser Bundesland wird schwach regiert: Statt Aufbruch erleben wir Stillstand. Als Opposition legen wir den Finger in die Wunde und zeigen auf, wie wir Nordrhein-Westfalen wieder vom Abstellgleis auf die Überholspur holen können. Eines wird jetzt, nach einem Dreivierteljahr mit Schwarz-Grün, sehr deutlich: Unser Land braucht dringend eine liberale Handschrift. Wo genau wir Potenzial für unser Land sehen, erfahren Sie auf den folgenden Seiten.

Schließlich möchte ich Sie herzlich zum Dialog einladen. Ich stehe jederzeit bereit für Fragen, Kritik oder Anregungen – sprechen Sie mich also gerne an, per E-Mail und natürlich auch bei Veranstaltungen vor Ort. Sie erreichen mich unter henning.hoene@fdp.de und unter henning.hoene@landtag.nrw.de. Ich freue mich sehr auf die gemeinsame Arbeit und den Austausch mit Ihnen!

Herzliche Grüße

Ihr 
Henning Höne



henning-hoene.de



facebook.com/henninghoene



twitter.com/henninghoene



instagram.com/hhoene

**HENNING HÖNE**

Vorsitzender des
FDP-Landesverbandes NRW und
der FDP-Landtagsfraktion NRW

IMPRESSUM**HERAUSGEBER:**

FDP-Landesverband NRW und
FDP-Landtagsfraktion NRW

REDAKTION:

verantwortlich für Inhalt und
Seiten des Landesverbandes:
Raphael Landua;
verantwortlich für Inhalt und
Seiten der Landtagsfraktion:
Tobias Havers

ANSCHRIFT DER REDAKTION:

FDP NRW, Wolfgang-Döring-Haus,
Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf,
nrw@fdp.de;

FDP-Landtagsfraktion NRW, Platz
des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
fdp-fraktion@landtag.nrw.de

VERLAG:

Liberale Wirtschafts-
Dienstleistungs GmbH

REDAKTIONSSCHLUSS:

10. März 2023

**GESTALTUNGSKONZEPT,
LAYOUT UND SATZ:**

www.lockvogel-hamburg.de

GEDRUCKT AUF:

Umschlag: Circle Offset – IGEPa;
Innen: Holmen TRND – IGEPa

DRUCK UND PRODUKTION:

Beisner Druck GmbH & Co. KG

FÜR UNSERE ZUKUNFT

Die LIBERAL.NRW
wird aus nachhaltigen
Papierprodukten
hergestellt.

Unsere Papierauswahl
ist FSC®-zertifiziert.

**UND WAS BEDEUTET DAS?**

Weitere Informationen rund um
das Thema FSC®-Zertifizierungen
können Sie online nachlesen unter:
www.fsc-deutschland.de

LANDESVBAND
DREIKÖNIGSTREFFEN

#3K23

Die Zukunft glaubt an uns.

**DIE ZUKUNFT
GLAUBT AN UNS.
UND WIR GLAUBEN
AN DIE ZUKUNFT.**

Mit diesem Motto sind die Freien Demokraten in das politische Jahr 2023 gestartet. Beim Dreikönigstreffen haben sie ein starkes Zeichen gesetzt für bessere Bildungschancen und ein neues Aufstiegsversprechen, für mehr Leistungs- gerechtigkeit, für Technologieoffenheit, Innovation und Fortschritt, für eine neue Wachstumsdynamik und wirtschaftlichen Erfolg. Diese Ziele sind der Anspruch und der Antrieb in Regierungsverantwortung. Mit Optimismus, Mut und Gestaltungsfreude gehen die Freien Demokraten diese Aufgabe an.



Vieles sei im Wandel, machte der Bundesvorsitzende Christian Lindner in seiner Rede deutlich. „Eines aber bleibt gleich und darauf können die Menschen sich verlassen, egal in welchem Land oder im Bund, egal ob in Regierungsverantwortung oder in der notwendigen Oppositionsrolle: Die Freien Demokraten, sie sind die Kraft der Freiheit und des Fortschritts.“

Die Freien Demokraten glauben an die Zukunft, an die nächste Generation: „Wir finden: Dieses Land muss mehr tun für Bildung und Forschung“, so Lindner. „In jedem der nächsten Jahre brauchen wir eine zusätzliche Bildungsmilliarde, die wir in die Zukunftschancen junger Menschen investieren. Gerade als Wissensnation muss unser Anspruch sein, dass die nächste Generation immer mehr kann und weiß als die letzte Generation.“

Bundesgeneralsekretär Bijan Djir-Sarai wies in seiner Rede auf die enorme Belastung für Menschen und Betriebe durch hohe Energiepreise hin. Deutschland brauche ein Konzept für Energiesicherheit und -versorgung: „Ein Konzept, das im Einklang ist mit der Realität. Ein Konzept ohne Denkverbote und Ideologie. Ein Konzept, das vor allem technologieoffen ist und Fragen nach der Schiefergasförderung, aber auch die Frage der Laufzeitverlängerung nach 2023 beantwortet.“ ■



Mehr zu #3K23:



Highlights der Rede
von Christian Lindner:



LANDTAGSFRAKTION
HALLO 2023



FDP-LANDTAGSFRAKTION FEIERT POLITISCHEN JAHRESAUFTAKT

Dem Motto „Hallo 2023“ folgten zahlreiche Gäste, um im Landtag mit anderen politisch interessierten und engagierten Menschen gemeinsam über die beste Politik für NRW zu debattieren. Sie wurden nicht enttäuscht. Beim diesjährigen Politischen Jahresauftakt der FDP-Landtagsfraktion NRW wurde über große Fragen diskutiert: „Wie können wir das enorme Potenzial NRW für die Menschen und Unternehmen in Krisenzeiten besser aktivieren und fördern? Was müssen wir unternehmen, um den Wohlstand für alle im Land zu erhalten?“

Henning Höne formulierte unmissverständlich: „Jetzt muss eine wirtschaftspolitische Zeitenwende folgen! Bürokratie, langsame Genehmigungen, wenig Digitalisierung, hohe Energiepreise – wir verlieren in Deutschland die Wettbewerbsfähigkeit. Aus der Zufriedenheit mit dem Status Quo muss wieder der Wunsch nach Wachstum werden“, sagte der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion NRW vor den interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern im vollen Plenarsaal des Landtags. Gastredner Professor Dr. Lars Feld vom Walter Eucken Institut in Freiburg gab anschließend einen Überblick zu aktuellen wirtschaftlichen Rahmendaten. Der Abend klang mit gemeinsamen Diskussionen angenehm aus. So unterschiedlich alle Besucherinnen und Besucher an diesem Abend waren, so einte die meisten doch der gleiche Antrieb: die Lust auf Veränderung und auf die Zukunft. ■



Schauen Sie sich die Rede von Henning Höne hier an



Gute Stimmung und Debatten – Video zum Jahresauftakt





MIT NEUEM TEAM BEREIT FÜR DEN AUFBRUCH

Am 21. Januar 2023 sind die Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen zu ihrem 76. Ordentlichen Landesparteitag zusammengekommen und haben einen neuen Landesvorstand gewählt. Angeführt wird das Team zukünftig von Henning Höne, der auch Vorsitzender der FDP-Fraktion im Landtag NRW ist. Nicole Westig, Katrin Helling-Plahr und Michael Terwiesche sind als stellvertretende Landesvorsitzende gewählt worden. Neuer Schatzmeister ist Christoph Dammermann und als Generalsekretär wurde Moritz Körner wiedergewählt. Komplettiert wird der Landesvorstand von 27 Beisitzerinnen und Beisitzern.

Verabschiedet wurden aus ihren bisherigen Funktionen die beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden Angela Freimuth und Alexander Graf Lambsdorff sowie Schatzmeister Otto Fricke und Joachim Stamp als Landesvorsitzender. Der neue Landesvorsitzende Henning Höne dankte allen für ihr langjähriges Engagement für die Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen. ■

NEUER GESCHÄFTSFÜHRENDER LANDESVORSTAND:



Henning Höne MdL,
Landesvorsitzender



Nicole Westig MdB,
stellvertretende Landesvorsitzende



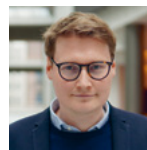
Michael Terwiesche,
stellvertretender
Landesvorsitzender



**Katrin Helling-Plahr
MdB, stellvertretende
Landesvorsitzende**



**Christoph
Dammermann,**
Schatzmeister



Moritz Körner MdEP,
Generalsekretär



LANDESVERBAND LANDESPARTEITAG

NEUE AUFGABE IN DER BUNDESPOLITIK



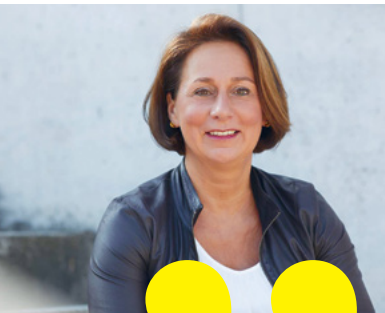
Nach über fünf Jahren als Landesvorsitzender trat Joachim Stamp nicht erneut für dieses Amt an. Nach dem Landesparteitag gab der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration auch sein Landtagsmandat auf und wechselte aus der Landespolitik in die Bundespolitik: In der im Koalitionsvertrag vereinbarten Position des Sonderbeauftragten für Migration widmet er sich im Bundesinnenministerium dem Ziel, mehr reguläre Migration in den deutschen Arbeitsmarkt zu ermöglichen und irreguläre Migration deutlich zu reduzieren. „Zukünftig streben wir an, Flucht und Arbeitsmigration stärker zu trennen und damit die Zuwanderung besser zu ordnen“, sagte Stamp. „Dazu wollen wir mit Herkunfts- und Transitländern faire und praxistaugliche Chancen für einen legalen Zugang in den deutschen und europäischen Arbeitsmarkt entwickeln und gleichzeitig sicherstellen, dass Menschen ohne Bleiberecht auch wieder konsequent in ihre Herkunftsländer zurückkehren.“ ■

LANDESVERBAND

LANDESVORSITZ

Auf dem Landesparteitag in Bielefeld haben die Freien Demokraten NRW drei neue stellvertretende Vorsitzende gewählt. Auf dieser Doppelseite stellen sich Nicole Westig, Michael Terwiesche und Katrin Helling-Plahr vor.

UNSERE NEUEN STELLVERTRETENDEN LANDESVORSITZENDEN



NICOLE
WESTIG

Wann und warum sind Sie in die FDP eingetreten?

NW: Das war im eiskalten Januar 1987. Es war Bundestagswahl, ich war Erstwählerin und stand kurz vor dem Abitur. Die Wahlstände der Parteien waren gleichzeitig Glühweinstände und ich informierte mich bei allen ganz genau. Die Verbindung von individueller Freiheit und Eigenverantwortung und dass Menschen befähigt werden sollen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, das gab es nur bei der FDP. Ebenso sprach mich das Aufstiegsversprechen an, das damals noch nicht so hieß. Doch nur mein Kreuzchen bei der FDP zu machen, war mir eindeutig zu wenig. Ich wollte mehr, mich selbst aktiv einbringen. Deshalb bin ich am 26.01.1987, dem Tag der Bundestagswahl, Freie Demokratin geworden.

Was ist Ihr politisches Herzensthema?

NW: Mein politischer Schwerpunkt liegt in der Gesundheitspolitik. „Selbstbestimmt in allen Lebenslagen“ – das muss aus meiner Sicht als pflegepolitische Sprecherin auch für Menschen mit Unterstützungsbedarf gelten. Deshalb müssen wir unsere Lebensräume in der Stadt und auf dem Land so gestalten, dass Menschen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Dazu brauchen wir mehr Prävention und Gesundheitsförderung von Anfang an. Gleichzeitig darf das finanziell nicht zu Lasten der jungen und nachfolgenden Generationen gehen. Mir ist wichtig, dass wir unsere sozialen Sicherungssysteme umsteuern hin zu mehr Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit.

Was sind Ihre Ziele als stellvertretende Landesvorsitzende?

NW: Ich möchte, dass die FDP wieder Politik für ALLE Generationen macht, damit wir auch wieder von allen Generationen gewählt werden. Innerparteilich möchte ich mich weiter um die Neumitglieder kümmern, zielgruppenorientiert und so, dass wir diese nicht nur empfangen, sondern langfristig an uns binden. Wichtig ist mir, dass wir die vielen tollen weiblichen Mitglieder, die sich auf allen Ebenen der FDP engagieren, nach außen sichtbarer machen. Ich bin Ansprechpartnerin für die Liberalen Frauen und die Liberalen Senioren.



**MICHAEL
TERWIESCHE**

Wann und warum sind Sie in die FDP eingetreten?

MT: Vor knapp 40 Jahren. Grund war die Außen- und Europapolitik von Hans-Dietrich Genscher, die auf Ausgleich und Kooperation mit unseren Nachbarn sowie auf eine Stärkung der Europäischen Friedensidee ausgelegt war. Diese Leitlinien sind zeitlos. Ebenso wie der Grundsatz „Freiheit kommt vor Gleichheit“, bei dem der mündige Bürger im Mittelpunkt steht.

Was ist Ihr politisches Herzensthema?

MT: Ganz klar: Europa! Der grauenhafte Krieg in der Ukraine zeigt, wie wichtig ein funktionierendes Staatenbündnis wie die EU ist. Hinzu kommt: Einzelstaaten sind im Spannungsfeld der Großmächte China, Russland und USA wirtschaftlich, politisch und militärisch nicht hinreichend stark genug, um geostrategisch eine gewichtige Rolle zu spielen. Bei der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ist daher nicht weniger, sondern mehr Europa angesagt. Außerdem können die für das Überleben der Menschheit zentralen Herausforderungen wie Erderwärmung, Versorgung mit sauberer Energie, ausreichende Ernährung und eine internationale Friedensordnung nur auf transnationaler Ebene bewältigt werden. Allerdings ist vieles in der EU optimierungsbedürftig. Europa muss schneller, wirksamer und transparenter werden. Schließlich hat Europa eine humanitäre Verpflichtung, die es wahrzunehmen gilt.

Was sind Ihre Ziele als stellvertretender Landesvorsitzender?

MT: Eine erfolgreiche Europawahl 2024 als Steilvorlage für starke Ergebnisse bei den Kommunalwahlen und bei der Bundestagswahl 2025. Wir benötigen für diese Wahlen eine Strategie „FDP pur“, die die unverwechselbaren Markenerkerne der Liberalen hervorhebt und uns deutlich von unseren politischen Wettbewerbern unterscheidet. Für die Ausarbeitung dieser Strategie möchte ich die Mitglieder u. a. in Diskussionsrunden bei Veranstaltungen in unseren Stadt- und Kreisverbänden einbeziehen.



**KATRIN
HELLING-PLAHR**

Wann und warum sind Sie in die FDP eingetreten?

KH: Dass die Freien Demokraten meine politische Heimat sind, war mir schon früh klar. 1998 fand ich mich zufällig auf einer Wahlkampfveranstaltung der FDP. Die Ausführungen zu talentgerechter Förderung in unseren Schulen haben mich schon als damals 12-jährige überzeugt. Der FDP und den Jungen Liberalen bin ich dann schließlich 2005 beigetreten. Seinerzeit hat mich als Jurastudentin vor allem der Kampf für den Schutz der Bürgerrechte begeistert.

Was ist Ihr politisches Herzensthema?

KH: Als rechtspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion streite ich mit Leidenschaft unter anderem für ein modernes Familienrecht oder die Digitalisierung der Justiz. Ganz besonders wichtig sind mir aber auch medizinethische Themen. Ich habe mit einer interfraktionellen Gruppe einen eigenen Entwurf für ein liberales Sterbehilfegesetz vorgelegt. Denn mir ist es von Herzen wichtig, dass jeder Mensch sein Lebensende für sich würdig selbstbestimmt gestalten kann. Dazu gehört auch, dass Menschen, die aus freiem Willen heraus selbstbestimmt sterben möchten, die Möglichkeit erhalten, ein entsprechendes Medikament verschrieben zu bekommen.

Was sind Ihre Ziele als stellvertretende Landesvorsitzende?

KH: In der Opposition ist Zeit, sich auf die großen programmatischen Ideen zu konzentrieren. Mit frischen Ideen müssen wir uns auf die Europa- und auch die Kommunalwahl vorbereiten. Und wir wollen auch programmatischer Motor für die Bundespartei sein. Entsprechende Diskussionen brauchen Raum – in neu eingesetzten Landesfachausschüssen und auf Veranstaltungen in ganz unterschiedlichen Formaten. Wir sind eine Partei vieler kluger Köpfe – ihr Potential gilt es zu nutzen. Unter anderem das möchte ich mir zur Aufgabe machen. Machen Sie mit! ■



DAS NEUE TEAM FÜR NRW

LANDESVERBAND
TEAM NRW



BEISITZERINNEN UND BEISITZER AUF VORSCHLAG DER BEZIRKSVERBÄNDE:



Markus Herbrand MdB,
BV Aachen



Marcel Hafke MdL,
BV Düsseldorf



Reinhard Houben MdB,
BV Köln



Markus Diekhoff,
BV Münsterland



Bernd Reuther MdB,
BV Niederrhein



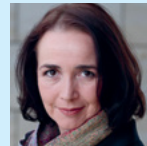
Frank Schäffler MdB,
BV Ostwestfalen-Lippe



Mathias Richter,
BV Ruhr



Christof Rasche MdL,
BV Westfalen-Süd



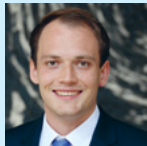
Angela Freimuth MdL,
BV Westfalen-West



WEITERE BEISITZERINNEN UND BEISITZER:



Nina Brattig



Alexander Brockmeier



Jörg Buer



Mauritz Faenger-Montag



Petra Franke



Marc Lürbke MdL



Anna Neumann



Thomas Nüchel



Dr. Christian Pohlmann



Jan Maik Schliffer-
De La Fontaine



Susanne Schneider MdL



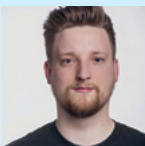
Berit Seidel



Alexander Steffen



Laura Stelzhammer



Jens Teutrine MdB



Maria Westphal



Katharina Willkomm



Ralf Witzel MdL



ARBEITSPROGRAMM DES NEUEN LANDESVORSTANDES

LANDESVERBAND
ARBEITSPROGRAMM



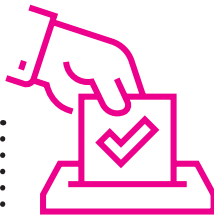
Auf einer Klausurtagung im Februar hat sich der neue Landesvorstand konstituiert und ein Arbeitsprogramm zum Landesparteitag 2024 erarbeitet. In unterschiedlichen Projekten wollen wir unseren Landesverband konkret weiterentwickeln. Dafür haben wir fünf zentrale Handlungsfelder erarbeitet.

Und auch Ihre Beteiligung ist willkommen: Treten Sie gerne mit uns in den Dialog und teilen Sie uns Ihre Fragen, Kritik oder Anregungen mit. Sie erreichen uns zum Beispiel über nrw@fdp.de. Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen! ■



PROFESSIONALISIERUNG

- **Lernkultur und Weiterbildung:** Transparenz über Bildungsangebote schaffen und Nachfrage erhöhen
- **Neumitgliederbetreuung** auf allen Ebenen evaluieren und neu strukturieren
- **Service** des Landesverbandes für Untergliederungen **verbessern**
- **Interne Parteikultur** weiterentwickeln, z. B. mit Code of Conduct-Schulungen
- **Professionalisierung** der internen Personalauswahl

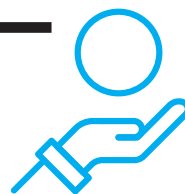


VORBEREITUNG DER WAHLKÄMPFE 2024/25

- **Europawahl 2024**, u. a. Unterstützung von Kandidierenden und Mobilisierung
- **Kommunalwahl 2025**, u. a. Erarbeitung eines Handbuchs zur Unterstützung für den Wahlkampf vor Ort

FINANZEN

- **Finanzkommission** zur Unterstützung des Schatzmeisters
- **Kontakte** zu Spendern und Multiplikatoren **ausbauen**



PROGRAMMATIK

- **Neueinsetzung und Weiterentwicklung** der Landesfachausschüsse
- Erarbeitung von **inhaltlichen Anträgen** für Landes- und Bundesparteitage
- Inhaltliche **Veranstaltungen** des Landesverbandes
- **Leitbild** in die Partei tragen

KOMMUNIKATION

- Erarbeitung von **Zielgruppenstrategien**
- Einbindung der **Untergliederungen stärken**, u. a. durch Kreisvorsitzendenkonferenzen
- innerparteiliche **Kommunikation verbessern**
- **eigene Kampagnen** entwickeln
- **professionelle** Kommunikation
- **Formate für die Kommunikation** nach außen entwickeln, z. B. Gesellschaftsforum



HENNING HÖNE

NORDRHEIN-WESTFALEN BRAUCHT EINEN NEUSTART IN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Mitten in der Krise übt sich die Landesregierung in Selbstdarstellung: viele Fototermine, Einweihungen, Empfänge und Ordensverleihungen – viel Schein, wenig Sein. Als der Weiler Lützerath geräumt wurde, waren Ministerpräsident Hendrik Wüst Neujahrsbrezeln wichtiger als ein klares Bekenntnis zur Energieversorgung und zum Respekt für die Einsatzkräfte. In NRW wird repräsentiert, nicht regiert. Dabei steht NRW vor allem als Wirtschaftsbundesland Nummer Eins vor gewaltigen Herausforderungen, die Lösungen verlangen.

Im dritten Quartal 2022 ist die Wirtschaftsleistung um 2,8 Prozent eingebrochen. Damit war NRW Schlusslicht im Bundesvergleich. Erst auf Drängen von Opposition und Öffentlichkeit kündigte Ministerpräsident Wüst dann im November des letzten Jahres ein eigenes Hilfspaket an. Späte Krisenhilfen für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen mit neuen Schulden, statt frühe Hilfen ohne neue Schulden: Das waren

die Folgen von chaotischen Haushaltsberatungen mit Notlagenbeschlüssen und einem Sondervermögen. NRW hat das als Standort geschadet.

KLUGE STANDORTPOLITIK SICHERT UNSEREN WOHLSTAND

Mit hohen Energiekosten, steuerlichen Belastungen und fehlenden Innovationsanreizen verliert NRW zunehmend an Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit. Viele Betriebe kämpfen ums Überleben. Die Landesregierung lässt hingegen wichtige Arbeitgeber für Menschen und Industriestandorte wie Vallourec, Hacle, Hüttenwerke Krupp Mannesmann oder auch Ford weitgehend im Stich. Sie bemüht sich nicht um industrielle Zukunftsperspektiven.

Wir wollen das ändern und Unternehmen für den Wettbewerb stärken. Dazu gehört eine moderne, intakte Infrastruktur: von Breitbandkabeln über Pipelines bis zu Brücken. Dazu gehören Fachkräfte und eine moderne und effiziente Verwaltung, die ermöglicht und nicht unnötig hindert. Wir brauchen einen Neustart in der Wirtschaftspolitik. Wir wollen Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Das muss der Dreh- und Angelpunkt werden.

KEIN TEMPOLIMIT BEI PLANUNGS- UND GENEHMIGUNGSVERFAHREN

In Deutschland existieren zirka 9.000 Industrieanlagen, die selbst bei kleinen Veränderungen erneut umfangreich behördlich genehmigt werden müssen. Ein Bürokratie-Moratorium reicht also nicht aus. Wir müssen auf Genehmigungen in vielen Fällen zukünftig verzichten.

Welches Großprojekt der letzten 50 Jahre würde heute noch einmal genehmigt? Es ist leichter geworden, ein Bauprojekt zu verhindern, als es zu realisieren. Die FDP kämpft in der Ampel um eine echte Planungsbeschleunigung – die Grünen aber blockieren alle Maßnahmen, die ihnen ideologisch nicht passen.

Passend dazu hat Schwarz-Grün in NRW ein Moratorium für Umgehungsstraßen verhängt. Gute Verkehrspolitik muss Mobilität jedoch ermöglichen und darf sie nicht ausbremsen. Wer Wohlstand erhalten will, muss die Infrastruktur auch bedarfsgerecht ausbauen. Die schwarz-grüne Landesregierung braucht also vor allem eins: Mut zu mehr Leistung und zu weniger Selbstdarstellung. Versprochen wurde eine Zukunfts-Koalition, geliefert wird ein Zweckbündnis, das bereits an der Gegenwart zu scheitern droht. NRW verpasst mit dieser Regierung die Chance, wieder Motor für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands zu werden. ■



HENNING HÖNE
Fraktionsvorsitzender
der Freien Demokraten

henning.hoene@landtag.nrw.de

SMARTE STÄDTE UND GEMEINDEN:



FDP-LANDTAGSFRAKTION MÖCHTE KOMMUNEN DIGITAL STÄRKEN UND ENGER VERNETZEN

Die Aufgaben der Städte und Gemeinden sollen kosten-effizient erledigt werden. Und die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass kommunale Dienstleistungen schnell verfügbar und einfach zu handhaben sind. „In der Digitalisierung und einer noch engeren Zusammenarbeit sehen wir große Potenziale für die Kommunen, diese Ziele zu verwirklichen. Das Konzept der Smart City vereint verschiedene innovative Lösungsansätze, um Herausforderungen in Stadtentwicklung und City Management zu meistern. Für uns Freie Demokraten ist klar, dass sich die Landesregierung bei Fragen der interkommunalen Zusammenarbeit auf Smart-City-Lösungen fokussieren muss“, sagt Dirk Wedel, Sprecher für Heimat und Kommunales in der FDP-Landtagsfraktion NRW. Dafür engagiert sich die FDP-Fraktion auch mit einem parlamentarischen Antrag.

DIE „SMART CITY“ SPART ENERGIE, IST SAUBERER UND OPTIMIERT DEN VERKEHR

Durch Technologie und Automatisierung können beispielsweise Verkehrsfluss und -sicherheit, Stromverbrauch oder Abwassermanagement optimiert werden. Experten schätzen beispielsweise, dass die Straßenbeleuchtung zwischen 30 und 50 Prozent des kommunalen Strombedarfs ausmacht. Smart Cities können den Lichtbedarf besser steuern, sparen Energie und Kosten: „Durch den Umstieg auf moderne sensorgesteuerte LED-Energiesparlösungen können Kommunen die Verkehrssicherheit passgenau erhöhen und ihren Stromverbrauch enorm reduzieren, ohne dass die Bürgerinnen und Bürger sprichwörtlich im Dunkeln tappen müssen“, so Wedel. Auch bei der Abfallbeseitigung oder Kanalreinigung können

Smart Cities die Abläufe effizienter und kostengünstiger organisieren. Und anstatt den Zustand von Straßen unterwegs mit Stift und Zettel zu überprüfen, nutzen einige Städte bereits automatisierte Software mit Künstlicher Intelligenz, um Schäden und künftige Sanierungskosten zu ermitteln.

VON DEN BESTEN LERNEN – KOMMUNEN ARBEITEN LÖSUNGSORIENTIERT ZUSAMMEN

Kommunen sollen ihre Kompetenzen einfacher bündeln können. Aufbauen kann die Landesregierung auf den Erfahrungen der „Digitalen Modellregionen in NRW“. Fünf Leitkommunen haben mit 67 Projekten zwischen 2018 und 2022 wertvolle Pionierarbeit geleistet. „Unter den Top 10 des deutschen Digitalrankings Smart-City-Index finden sich bereits vier Städte aus Nordrhein-Westfalen. Mit den wertvollen Erfahrungen dieser Vorreiter müssen wir jetzt weitergehen“, so Wedel.

Die Freien Demokraten fordern von der Landesregierung, dass sie Smart-City-Lösungen zu einem Schwerpunktthema macht. Der Landesbeauftragte für die kommunale Zusammenarbeit soll interessierte Städte und Gemeinden dabei unterstützen, gemeindeübergreifend Smart-City-Konzepte zu erarbeiten, einzuführen und zu evaluieren. Ein „Shared Service Center“ kann zukünftig gemeinsamer Anlaufpunkt sein. Und das Portal Interkommunales.NRW der Kommunalen Spitzenverbände soll weiter unterstützt werden. Letztendlich muss auch die Landesregierung smarter werden: „Die Landesregierung soll die zahllosen kleinen Förderprogramme, die sie aufgelegt hat, überprüfen, inhaltlich zusammenführen und breiter aufstellen“, fordert Wedel. ■

LANDESVERBAND

AUS DEM BUND

LANDESVERBAND

BUNDESHAUSHALT 2024



SOLIDE STAATSFINANZEN SIND GEBOTENE NOTWENDIGKEIT

Im Rahmen der Debatte um die Eckwerte des Bundeshaushaltes 2024 hat Bundesfinanzminister Christian Lindner deutlich gemacht, dass die Schuldenbremse keine Option sei, sondern verfassungsrechtlich wie ökonomisch geboten. Steuererhöhungen oder sonstige strukturelle Mehrbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger oder die Wirtschaft seien vom Koalitionsvertrag ausgeschlossen, machte er deutlich. „Statt wie andere (mal wieder) Steuererhöhungen in den Raum zu stellen, arbeitet mein Ministerium daran, unsere Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern“, erklärte Lindner. Im Höchststeuerland Deutschland sollte man nicht auf noch mehr Last und Umverteilung setzen. „Stattdessen sollten wir das bereits vorhandene Geld effizienter nutzen und bessere Bedingungen schaffen, damit Menschen und Betriebe in unserem Land vorankommen können.“ ■

LANDESVERBAND

ABSCHIEBUNGEN



STRAFVERFOLGUNGS- UND AUSLÄNDERBEHÖRDEN MÜSSEN ENGER ZUSAMMENARBEITEN

Der Fall des Attentäters von Brokstedt hat gezeigt, wie dringend die Behörden besser vernetzt werden müssen: Eine Anhörung zur Entziehung des Schutztitels konnte nicht durchgeführt werden, weil die Ausländerbehörde nicht wusste, dass sich der spätere Attentäter in Untersuchungshaft befand. Diese Lücke will Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann nun schließen und die Kommunikation zwischen Strafverfolgungs- und Ausländerbehörden verbessern: „An vielen Stellen in unserem Staatswesen stellen wir fest, dass der Rechtsrahmen eigentlich den nötigen Raum bietet, nur im Praktischen funktioniert es nicht ausreichend. Das hat mit der Ausstattung von Behörden, aber eben auch mit Informationsflüssen zu tun. Abschiebungen dürfen nicht an fehlenden Informationen scheitern.“ Sein Vorschlag zur Verbesserung des Informationsaustausches trage hoffentlich dazu bei, dass sich so ein Fall wie in Brokstedt nicht wiederholt. ■

LANDESVERBAND

INFRASTRUKTUR

TEMPO BEI PLANUNG UND GENEHMIGUNG VON INFRASTRUK- TURPROJEKTEN

Nach Jahren des Stillstands hat der Bundestag ein Gesetz zur Planungsbeschleunigung beschlossen. Damit sorgen die Freien Demokraten für mehr Tempo bei der Planung und Genehmigung von Infrastrukturprojekten in Deutschland: durch effizientere Bürokratie und Verwaltung, Vorrang für Infrastrukturprojekte und alle notwendigen Maßnahmen, um die Planungs- und Genehmigungsverfahren zu halbieren. Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann erklärte: „Das ist ein erster guter Baustein auf dem Weg, Verfahren zu beschleunigen und leistet einen Beitrag für eine schnellere Modernisierung unseres Landes.“ ■





LANDESVERBAND

TAIWAN

DELEGATIONS- REISE DER FDP-BUNDESTAGS- FRAKTION NACH TAIWAN

Zu Beginn des Jahres sind Johannes Vogel und Marie-Agnes Strack-Zimmermann mit einer Delegation der FDP-Bundestagsfraktion nach Taiwan gereist. Die Demokratie dort steht unter Druck durch die Volksrepublik China. Als Zeichen der Unterstützung und um Einblick in die Lage vor Ort zu bekommen, führte die Delegation eine Reihe von Gesprächen, unter anderem mit der Präsidentin Taiwans. „Die Drohungen einer militärischen Wiedervereinigung von Xi Jinping sind ein gefährlicher Aspekt im neuen Systemwettbewerb mit Autokratien. Und als Partei der Freiheit liegt diese Frage der Freiheit uns besonders am Herzen“, machte Johannes Vogel deutlich. Marie-Agnes Strack-Zimmermann erklärte: „Unser Besuch in Taiwan erfolgt in tiefer Freundschaft. Demokratische Gesellschaften müssen eng zusammenstehen.“ ■

LANDESVERBAND

BUNDESWEHR

GESTÄRKTE BUNDESWEHR- RESERVE STATT WEHRPFLICHT

Die Bundeswehr muss zukunftsfähig werden: Nach Jahren der Vernachlässigung unserer Streitkräfte muss es das Ziel sein, die Bundeswehr zu einer der modernsten und schlagkräftigsten Armeen Europas zu machen. Mit dem Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro haben die Freien Demokraten in der Bundesregierung dafür entscheidende Weichen gestellt. Diesen Impuls gilt es für eine nachhaltige Stärkung und Modernisierung zu nutzen. Dafür wollen die Freien Demokraten die Reserve stärken, die Attraktivität als Arbeitgeber und die Akzeptanz in der Gesellschaft verbessern. Eine Wehrpflicht lehnen sie dagegen ab. Sie stünde der notwendigen Modernisierung der Bundeswehr im Weg und würde stattdessen von den wahren Problemen ablenken. „Wir müssen ein Musterland sein innerhalb der NATO“, macht FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai deutlich. Die vorgegebenen Ziele wie das Zwei-Prozent-Ziel müsse man erreichen. „Und wir müssen als Land einen Beitrag nicht nur für uns, sondern auch für die Sicherheitsarchitektur insgesamt in Europa leisten, indem wir in den nächsten Jahren eine der modernsten Armeen auf die Beine stellen.“ ■



LANDESVERBAND

IRAN

AN DER SEITE DER MUTIGEN FRAUEN UND MÄNNER IM IRAN



Historische Proteste gegen das islamische Herrschaftssystem und die systematische Diskriminierung von Frauen erschüttern seit Monaten den Iran. „Wir stehen solidarisch an der Seite der mutigen Frauen und Männer, die im Iran ihr Leben für den Kampf um Freiheit riskieren und gegen die Unterdrückung des Mullah-Regimes auf die Straße gehen“, erklärte FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai. Die Massenproteste gegen das iranische Regime seien ein revolutionärer Prozess. Die Freien Demokraten begrüßen die von der EU erlassenen Sanktionen gegen Beamte der Sittenpolizei und Angehörige der Revolutionsgarde sowie weitere Regime-Verantwortliche für Menschenrechtsverletzungen. Diese müssen fortlaufend auf ihre Wirkung hin überprüft und gegebenenfalls verschärft und ausgeweitet werden. ■



Weitere Informationen
finden Sie hier:



LANDTAGSFRAKTION
ERSCHLIESSUNGSSTRASSEN
ERSCHLIESSUNGSSTRASSEN:
**FACHLEUTE KRITISIEREN
SCHWARZ-GRÜNE
BELASTUNGSPLÄNE**

Post aus dem Jahr 2005: „Für die neu gebaute Straße Ihres Hauses stellen wir Ihnen hiermit nun die Rechnung zu. Ihre Kommunalverwaltung.“ Was wie ein schlechter Scherz klingt, kann mit Schwarz-Grün für viele Bürgerinnen und Bürgerinnen bald zur Realität werden. Denn nach Plänen von CDU und Grünen sollen die Kommunen doppelt so viel Zeit erhalten, Rechnungen für neu gebaute Straßen zu stellen. „Das bedeutet, wenn der Teer vor der Haustür der Bürgerinnen und Bürger trocken ist, hat die Kommune noch volle 20 Jahre lang Zeit, die Beiträge einzuziehen. Wir halten diese Neuregelung für unverhältnismäßig und beliebig“, sagt Dirk Wedel, kommunalpolitischer Sprecher in der FDP-Landtagsfraktion NRW. Welcher Handwerksbetrieb käme schon auf die Idee, nach 20 Jahren noch eine Rechnung zu schicken?

An die Vereinbarung vom April 2022 scheint sich die CDU nicht mehr erinnern zu wollen. Die FDP hatte mit dem damaligen Koalitionspartner eine Lösung umgesetzt, die bürgerfreundlich und für die Kommunen praktikabel ist: Die

Verjährungsfrist der sogenannten Erschließungskosten wurde auf zehn Jahre festgesetzt. „Ebenso hatten wir eine Frist von 25 Jahren ab dem ersten Spatenstich eingeführt, nach deren Ablauf die Beitragspflicht entfällt. Ministerin Scharrenbach von der CDU will davon jetzt nichts mehr wissen“, betont Wedel.

ENTLASTEN STATT BELASTEN

In einer Anhörung im Landtag hat eine Mehrheit der Expertinnen und Experten die Pläne von Schwarz-Grün scharf kritisiert. Die FDP-Fraktion wird die Ergebnisse der Anhörung nutzen, um Änderungen im Gesetzesentwurf für die Menschen in NRW einzufordern: „Denn wenn alles teuer wird, muss es jemanden geben, der die Bürgerinnen und Bürger entlastet“, sagt Wedel. Die geplante Entlastung von Kommunen darf nicht zur Belastung der Menschen werden. CDU und Grüne müssen ihre Irrfahrt beenden. ■

LANDTAGSFRAKTION**REISEFREIHEIT VON JUGENDLICHEN****GRENZENLOSE REISEFREIHEIT:
TORE NACH EUROPA
WEITER AUFSTOSSEN**

Eine Auslandsreise bedeutet immer die Chance, in andere Kulturen einzutauchen und neue Freundschaften zu schließen. Mit zwei Initiativen will die FDP jungen Erwachsenen nach der Corona-Pandemie die große Reisefreiheit wieder ermöglichen.

Seit dem letzten Jahr verlost das Land NRW unter Azubis Interrail-Tickets. Damit haben die Reisenden die Möglichkeit, innerhalb mehrerer Wochen quer durch Europa zu reisen. Die FDP-Fraktion setzt sich jetzt dafür ein, dass das zugehörige Programm #AzubiGoEU weiterentwickelt wird. Unter anderem soll die Zahl der Tickets auf 250 erhöht werden. „Wir wollen die Tore nach Europa weiter aufstoßen. Gerade junge Menschen können in ihrer Entwicklung von Auslandserfahrungen enorm profitieren“, betont Dr. Werner Pfeil, Sprecher für Europa in der FDP-Landtagsfraktion NRW.

**FREUNDSCHAFT FEIERN
MIT DEM ÉLYSÉE-SOMMERTICKET**

Vor 60 Jahren haben Deutschland und Frankreich den Élysée-Freundschaftsvertrag unterzeichnet. Um das Jubiläum zu feiern, wollen die beiden Regierungen im Sommer unter jungen Erwachsenen Tausende Gratis-Zugtickets verlosen. Das Land NRW soll sich an der zentralen Kampagne zur Feier des Élysée-Vertrages beteiligen. Mit dieser werden die Veranstaltungen und Projekte der deutsch-französischen Zusammenarbeit beworben. „Wer mit einem Sommerticket den Eintritt zu bestimmten Orten und Events lösen will, soll Vergünstigungen erhalten können. Besucherinnen und Besucher des Landtags NRW, der fünf UNESCO-Welterbestätten oder des Hauses der Geschichte in Bonn erfahren schnell, was NRW und Europa ausmacht“, erläutert Pfeil. ■

LANDTAGSFRAKTION**SCHIENENPERSONEN-
NAHVERKEHR****CHAOS AUF DER SCHIENE VERHINDERN****MOBILITÄT DER BÜRGERINNEN UND
BÜRGER GEWÄHRLEISTEN**

Mit dem Fahrrad zum Bahnhof fahren und dann die Regionalbahn zur Arbeitsstelle nehmen. Das kann für die Menschen in NRW mit der schwarz-grünen Landesregierung bald deutlich schwerer werden. In NRW klaffen derzeit in der Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs erhebliche Lücken.

Ohne klare Finanzierungszusagen von Schwarz-Grün wird bald der Verkehr eingestellt oder ausgedünnt. „Es ist fünf vor zwölf, wir brauchen jetzt eine schnelle Lösung! Es steht zu befürchten, dass das Angebot zum nächsten Fahrplanwechsel um zirka 15 Prozent verkleinert wird, falls sich CDU und Grüne nicht bewegen“, kritisiert Christof Rasche, Sprecher für Verkehr in der FDP-Landtagsfraktion NRW. Bisher ist kein einziger zusätzlicher Cent aus Landesmitteln in die Finanzierung von Regionalexpressen sowie Regional- und S-Bahn

geflossen. „Das Kabinett Wüst riskiert, dass der beabsichtigte Mobilitätsschub für Bürgerinnen und Bürger scheitert. Das wäre eine Katastrophe“, betont Rasche.

Die FDP-Landtagsfraktion hat Schwarz-Grün aufgefordert, sich an die eigenen Finanzierungszusagen zu halten und die Mittel analog zum Bund aufzustocken. „Wir sprechen insgesamt über eine Aufstockung von 541 Millionen Euro über drei Jahre. Das Geld ist da, Ende 2022 stand ein Haushaltsüberschuss von zwei Milliarden Euro zu Buche“, erklärt Rasche. Die derzeitige Untätigkeit von CDU und Grünen steht im starken Widerspruch zu den eigenen Zielen im Koalitionsvertrag. Darin heißt es: „Im gleichen Verhältnis, wie wir zusätzliche Mittel vom Bund bekommen, werden wir auch die Landesmittel für den ÖPNV erhöhen.“ ■

LANDTAGSFRAKTION
RAHMEDETALBRÜCKE

VOLLSPERRUNG DER RAHMEDETALBRÜCKE: „UNHALTBARER ZUSTAND“

FDP-Landtagsfraktion kündigt Parlamentarischen Untersuchungsausschuss an

Die Vollsperrung der Rahmedetalbrücke der A45 ist für die Menschen der Stadt Lüdenscheid und die gesamte Region eine Katastrophe. Sie verursacht ein dauerhaftes Verkehrschaos und Kosten in Milliardenhöhe. Ein Teil des europäischen Verkehrs wälzt sich gemeinsam mit Berufspendlern, Buslinien, Müllabfuhr und Rettungswagen Tag und Nacht durch Lüdenscheid. Täglich fahren 20.000 zusätzliche Fahrzeuge, davon 6.000 LKW, über Umleitungsstrecken durch den Ort. Die Folgen für die Anwohnerinnen und Anwohner sind unerträglich. Und einer Wirtschaftsregion, die zur „Top 3“ der deutschen Industriestandorte gehört, droht jetzt der Kollaps. Am 7. Mai 2023 soll die Brücke gesprengt werden. Das hat Bundesverkehrsminister Volker Wissing bekannt gegeben. Für die Region ist das ein positives Signal. „Wissing liefert! Der kurzfristige Sprengtermin schafft Planungssicherheit. Die Bürgerinnen und Bürger Lüdenscheids und die Unternehmen in der Wirtschaftsregion können jetzt zwar noch nicht aufatmen, aber das Tempo ist hoch und es muss hoch bleiben“, erklärt Henning Höne, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion NRW.

Während der Bund Fakten schafft, stellt sich in NRW die Frage der Verantwortung. Ministerpräsident Hendrik Wüst hat permanent öffentlich beteuert, als damaliger Verkehrsminister an einer Entscheidung, den Neubau zu verschieben, nicht beteiligt gewesen zu sein. Die Recherchen von Journalisten haben gezeigt, dass es an dieser Aussage Zweifel gibt. „Es darf nicht sein, dass der Landtag und seine Mitglieder in einer solchen landesbedeutsamen Sache unzureichend informiert werden. Und es entsteht der Eindruck, dass NRW-Verkehrsminister Krischer auch nicht zur Aufklärungsarbeit beitragen möchte“, sagt Christof Rasche, Sprecher für Verkehr der FDP-Landtagsfraktion NRW.

Der damalige Schriftverkehr ist gelöscht worden. Und es steht der Verdacht im Raum, dass Parlament und Öffentlichkeit belogen wurden. „Wir nehmen solche Vorgänge sehr ernst. Viele Fragen sind weiter offen. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Wir wollen, dass sich eine solche Katastrophe nicht wiederholt. Da alle anderen parlamentarischen Mittel ausgeschöpft sind, werden wir zusammen mit der SPD einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen“, erklärt Höne. Die FDP-Landtagsfraktion wird die Menschen in der Region weiter darin unterstützen, dass Licht ins Dunkel um die damaligen Entscheidungsprozesse kommt. ■

FDP-LANDTAGSFRAKTION NRW



@FDPFraktionNRW



@FDPFraktionNRW



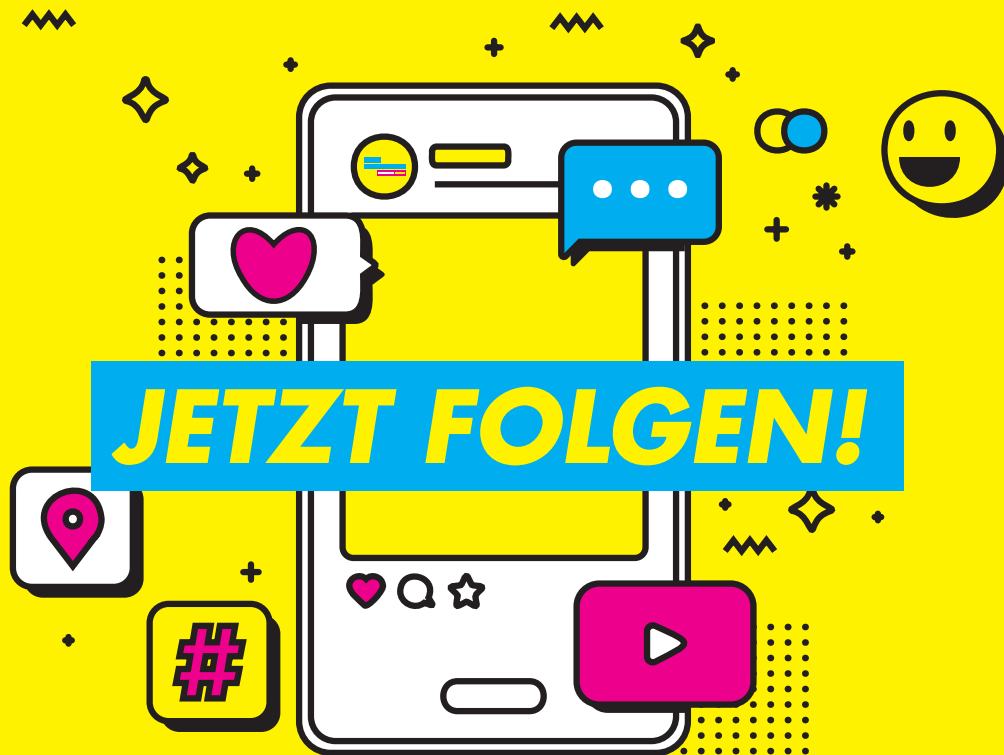
@fdpltf_nrw



@FDPFraktionNRW



FDP-Landtagsfraktion NRW



FDP LANDESVERBAND NRW



@fdpnrw



@fdp_nrw



@fdpnrw



@FDPLandesverbandNRW



QR-CODES JETZT EINFACH MIT DEM SMARTPHONE SCANNEN!



LANDTAGSFRAKTION

PODCAST

„Zwischenruf NRW“ ist der Podcast der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen. Alle zwei Wochen hört Ihr uns hierüber sprechen:

Wie ist die politische Lage in NRW? Was haben die Freien Demokraten für Ideen für das bevölkerungsreichste Bundesland? Was passiert eigentlich für uns Relevantes in Berlin, Europa und der Welt? Diese und weitere Themen diskutiert Marcel Hafke (Parlamentarischer Geschäftsführer) alle vier Wochen mit Henning Höne (Fraktionsvorsitzender). In den Folgen dazwischen begrüßt Marcel Hafke wechselnde Gesprächspartner aus Gesellschaft, Politik und Wirtschaft am Mikrofon. Unser „Zwischenruf NRW“ erscheint auf den bekannten Podcast-Plattformen. Ihr könnt unseren Podcast aber natürlich auch direkt anhören. Wir freuen uns, wenn Ihr dabei seid!

Abonniert unseren Podcast! ■

FOLGE 1:

Smart Cities, Heizungsverbot und ChatGPT: Neben den aktuellen Themen sprechen wir auch darüber, was die FDP-Landtagsfraktion vor 20 Jahren so im Landtag getrieben hat.



Spotify



Apple Podcasts



LANDESVERBAND

EUROPA

„EUROPA WILL“ STATT „ANNE WILL“

Ende 2023 hört Anne Will auf: FDP-Europapolitiker Moritz Körner hat der ARD vorgeschlagen, den frei werdenden Sendeplatz mit einer europäischen Talkshow zu besetzen und aus „Anne Will“ die Sendung „Europa Will“ zu machen. In einem Brief an den ARD-Vorsitzenden Kai Gniffke forderte er, dass europäische Politik einen größeren Platz in der Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks haben muss.



Mit der Initiative will Körner die EU-Politik aus der Nische in den Mainstream und das öffentliche Bewusstsein holen. Denn seit Jahrzehnten nehme der Einfluss der EU auf das Leben der deutschen Bevölkerung zu, doch das spiegle sich immer noch zu wenig in der öffentlichen Berichterstattung in Deutschland wider, erklärt

Zur
Petition:



Körner sein Anliegen. Dabei zeige sich: Viele Bürger können EU-Institutionen nicht unterscheiden, kennen ihre gewählten Vertreter kaum und nehmen EU-Entscheidungen nur aus der Entfernung wahr. Für eine funktionierende Demokratie sei es jedoch notwendig, dass die Bürger die politischen Herausforderungen verstehen und die handelnden Personen und ihre unterschiedlichen Sichtweisen kennen. „Während Printmedien zwar regelmäßig berichten und es auch einige gute TV-Formate zu EU-Vorgängen gibt, setzen die meisten Berichte hohe Vorkenntnisse voraus und laufen zu quotenschwachen Zeiten auf quotenschwachen Sendern“, so der Europaabgeordnete. „Selbst wenn diese Talkshow nicht sofort ein Quotenhit wäre, ist es die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, genau solche qualitativ hochwertigen Formate zu präsentieren und europäische Themen zu vermitteln.“ Neben einer EU-Talkshow könnte es zudem weitere Formate der ARD mit klarem EU-Fokus geben und auch digitale Formate könnten noch stärker europäische Politik vermitteln.

Nachdem die ARD auf Körners erstes Anschreiben zwar verhalten reagierte, aber eine europäische Talkshow nicht kategorisch ablehnte, verließ Körner mit einer Petition seiner Forderung Nachdruck. Unterstützt wird diese von Vertreterinnen und Vertretern aller proeuropäischen Parteien in Deutschland. ■

LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // KRITISCHE INFRASTRUKTUR

NEUES „CYBER-HILFSWERK“ FÜR DEN KATASTROPHENFALL GRÜNDEN

Es ist nicht unrealistisch: Menschen können ihre Wohnungen nicht mehr heizen, Fahrgäste bleiben in Zügen auf der Strecke stehen und es fließt kein Wasser mehr durch die Leitungen. Cyber-Angriffe oder Naturkatastrophen haben unmittelbare Auswirkungen auf unser Leben. Ein Großteil unserer kritischen Infrastruktur, die besonders sensible Lebensbereiche umfasst und sicherstellt, ist digital vernetzt.

Die FDP-Fraktion schlägt deshalb vor, ein „Cyber-Hilfswerk“ (CHW) zu gründen. Im CHW sollen ehrenamtlich tätige Spezialistinnen und Spezialisten im Notfall schnell die hauptamtlichen Einsatzkräfte unterstützen. „Ein Black-out käme einer nationalen Katastrophe gleich. NRW braucht eine IT-Notfall-Einheit, die schnell dafür sorgen kann, dass kein Mensch bei einem Cyber-Angriff lange im Dunklen sitzen muss“, erklärt Dr. Werner Pfeil, Sprecher für Katastrophenschutz in der FDP-Landtagsfraktion NRW. ■

LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // FAMILIENZEIT NRW

FDP-FORDERUNG
ERFOLGREICH:**LANDESREGIERUNG FÜHRT „FAMILIENZEIT NRW“ MIT HÖHERER FÖRDERSUMME FORT**

Einmal völlig unbeschwert die gemeinsame Zeit genießen und sich dadurch vom alltäglichen Stress erholen. Für Eltern und Kinder ist das wichtig. Das Programm „Familienzzeit NRW“ unterstützt besonders belastete Familien und ermöglicht ihnen eine gemeinsame Auszeit. Der ehemalige FDP-Familienminister Dr. Joachim Stamp hat das Programm in der Corona-Pandemie ins Leben gerufen. Die FDP-Landtagsfraktion hat dafür gesorgt, dass die aktuelle Landesregierung aus CDU und Grünen das Programm nach ersten Kürzungsplänen nun doch fortführt – und zwar mit dem ursprünglichen Fördervolumen von 4,5 Millionen Euro. „Es ist ein wichtiges Signal, das wir den Familien mit geringen Einkommen geben. Wir lassen sie nicht allein, insbesondere nach der sehr fordernden Corona-Pandemiezeit“, sagt Marcel Hafke, parlamentarischer Geschäftsführer und familienpolitischer Sprecher in der FDP-Landtagsfraktion NRW. ■

LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // STERNENKINDER

„STERNENKINDER“ VERDIENEN MEHR AUFMERKSAMKEIT

Kinder, die vor oder kurz nach der Geburt sterben, bezeichnet man als „Sternenkinder“. Für viele Eltern ist eine Fehl- oder Totgeburt ein traumatisches Erlebnis mit oftmals langanhaltenden Folgen. Diese Erfahrung wird immer noch tabuisiert. Die FDP-Fraktion möchte hier die Forschung und die Unterstützung der Eltern bei Fehl- und Totgeburten verbessern. „Sternenkinder“ brauchen mehr Aufmerksamkeit.

Die Betreuung in den Krankenhäusern muss dringend verbessert werden. „Es darf keine Frage des Zufalls bleiben, ob Krankenhäuser über Personal verfügen, das für solche Fälle geschult ist. Zu oft werden derzeit noch Eltern mit ihrer Trauer und den vielen Fragen, die ihnen dann durch den Kopf gehen, allein gelassen“, sagt Susanne Schneider, Sprecherin für Arbeit, Gesundheit und Soziales in der FDP-Landtagsfraktion NRW. ■

BACK TO THE LANDTAG

LANDTAGSFRAKTION

FRAGEBOGEN

SUSANNE SCHNEIDER FRANZISKA MÜLLER-RECH

Franziska Müller-Rech und Susanne Schneider verstärken seit Beginn 2023 das Team der FDP-Landtagsfraktion.

Was motiviert Sie, Politik zu gestalten?

Schneider: Machen statt meckern – das war schon immer mein Lebensmotto. In meiner Familienphase, als ich nicht für Geld, sondern für meine drei Kinder gearbeitet habe, habe ich die Defizite in der Kinderbetreuung und im Bildungswesen kennengelernt. Da habe ich mir gedacht: Das geht doch besser. Seit diesem Anstoß engagiere ich mich in der Politik. In der alltäglichen, politischen Arbeit macht es mir immer viel Spaß, Menschen in konkreten Situationen zu helfen.

Müller-Rech: Es klingt so einfach: Tatsächlich treibt es mich an, die Welt ein Stück besser zu machen. Immer wieder neu nachzudenken, den Wandel zu begleiten und dabei alle mitzunehmen; voneinander zu lernen und stets das Beste für die Gemeinschaft rauszuholen; anzukämpfen gegen Sätze wie „Das haben wir immer schon so gemacht“ oder „Das kann man so nicht machen“ – das macht mir Spaß und motiviert mich jeden Tag.

Welche Themen wollen Sie im Landtag voranbringen?

Schneider: Meine Herzentemen liegen vor allem in der Gesundheitspolitik. Jetzt war eine meiner ersten Initiativen, „Sternenkindern“ mehr Aufmerksamkeit zu geben. Eltern bei Fehl- und Totgeburten brauchen mehr Unterstützung. Auch die Forschung in diesem Bereich muss verbessert werden. Weiterhin werde ich mich für Kinder und Jugendliche mit Diabetes einsetzen. Pflegekräfte müssen durch einen umfassenden Bürokratieabbau und mehr Digitalisierung entlastet werden.

Müller-Rech: Als schulpolitische Sprecherin will ich dafür sorgen, dass wir den Lehrermangel bekämpfen, unsere Schulen weiter digitalisieren, gerechte Bildungschancen unabhängig vom Elternhaus schaffen und die berufliche Bildung stärken. Als Sprecherin für Gleichstellung und Queerpolitik möchte ich an die tolle Arbeit von Susi Schneider und Jörn Freynick anknüpfen. NRW ist so vielfältig – wir müssen dafür sorgen, dass diese Vielfalt von den Menschen nicht als Belastung, sondern als Bereicherung gesehen werden kann. ■

ODER FOLGEN SIE UNS AUF SOCIAL-MEDIA-KANÄLEN.



fdp.nrw/liberal.nrw

fdp.fraktion.nrw/liberal.nrw



YOUTUBE

[Landesverband
Landtagsfraktion](#)



FACEBOOK

[Landesverband
Landtagsfraktion](#)



TWITTER

[Landesverband
Landtagsfraktion](#)



INSTAGRAM

[Landesverband
Landtagsfraktion](#)